

# Bonnopoly: Gegen Ausverkauf der Stadt

■ Bonnopoly heißt ein viel beachtetes Stück des Bonner Theaters, das im September 2017 seine Uraufführung hatte und noch bis Ende Juni 2018 auf dem Spielplan steht. In szenischer Form werden der Skandal um das WCCB, die Privatisierung von öffentlich finanziertem Wohnraum durch Verkauf an internationale Großinvestoren („Heuschrecken“) und die Internationalisierung Bonns als UN-Standort dargestellt. Auch der Mieterbund steuerte Erfahrungen und einen Videobeitrag bei. Ein Bürgerchor aus verschiedenen Initiativen setzte den Schlusspunkt.

## Bonnopoly betrifft alle

Die Folgen von Bonnopoly bekommen die Bonner Bürgerinnen und Bürger in einem elementaren Lebensbereich zu spüren: der Wohnung. Drastisch steigende Mieten, Verdrängung aus ihren angestammten Vierteln und ein dramatischer Mangel an Wohnraum mit bezahlbaren Mieten.



Foto: Barbara Frommann

## Bürgerprotest vor dem Rathaus

Zum 12. Mai hatten zahlreiche Initiativen und der Mieterbund zu einer Demonstration vor dem Rathaus aufgerufen. Motto: „Schluss mit Bonnopoly – Bonn gehört uns“.

Bernhard von Grünberg, Vorsit-

zender des Mieterbundes, betonte, der Bürgerprotest dürfe sich nicht gegen Wohnungsneubau richten. Anzuprangern sei vielmehr die verfehlte Wohnungspolitik. Durch Privatisierung öffentlich finanzierter Wohnungen und zu wenig Neubau von Sozialwohnungen habe sie die

Misere am Wohnungsmarkt mitverschuldet. Bonn sei eine wachsende Stadt. Das Statistische Landesamt rechne damit, dass die Anzahl der Einwohner bis 2030 um 15 Prozent zunehme. Das bedeutet einen zusätzlichen Bedarf von wenigstens 23.500 Wohnungen.

## Nicht nur für Wohlhabende

„Es muss also gebaut werden, vor allem Wohnraum für breite Schichten“, forderte von Grünberg. Wer das verhindere, huldige dem Sankt-Florians-Prinzip. Bonn dürfe keine Stadt nur für Wohlhabende werden. Werde Wohnraum für Bürger mit niedrigem und mittlerem Einkommen in Bonn unerschwinglich, müssten sie wegziehen. Das bedeute noch mehr Berufspendler (zurzeit etwa 50 Prozent), die Mensch und Umwelt belasten – dauerhaft und weit mehr als der Bau neuer Wohnungen. „Im Interesse des Gemeinwohls muss die Politik manchmal Entscheidungen treffen, auch wenn sie bei den unmittelbar Betroffenen unpopulär sind.“ ■

# Wer anderen eine Grube gräbt ...

■ Einen besonderen Dreh hatte sich eine Bonner Vermieterin ausgedacht, um ihren Mietern die hohen Kosten von Schönheitsreparaturen „schmackhaft“ zu machen. Sie verwendete keine übliche Mietvertragsklausel, die dem Mieter das Risiko vor Augen führt. Stattdessen versprach die Vermieterin im Vertrag, nach Auszug die Schönheitsreparaturen an Türen, Fenstern und Fußleisten selbst zu übernehmen. Im Gegenzug sollte der Mieter pro Mietjahr 500 Euro Abstand bezahlen. Auf den ersten Blick erscheint das einfach und unkompliziert.

Damit eine Mietinteressentin den Trick nicht gleich durchschaute, wurde sie zur Unterschrift in eine Bonner Anwaltskanzlei bestellt. Dort sah sie den Vertrag zum ersten Mal, angeblich war er vorher nicht fertig geworden. In Anwesenheit eines Anwalts – wohl nicht zufällig der Sohn der Vermieterin – wurde dann unterschrieben.

## Trick durchschaut

Als das Mietverhältnis nach sechs Jahren endete, forderte die Vermieterin rund 2.900 Euro von der Mieterin und berief sich auf die 500-Euro-Abstandsklausel. Doch die Mieterin hatte sich beim Mieterbund sachkundig

gemacht und sagte nein. Die Klausel war unwirksam.

Die Vermieterin versuchte erneut zu tricksen. Sie behielt von der Mietkaution rund 2.900 Euro ein. Vom Sohn anwaltlich beraten und vertreten, schob sie so den „schwarzen Peter“ der Mieterin zu. Denn die war nun gezwungen, ihr Recht bei Gericht zu suchen, mit allen Risiken, die ein Prozess birgt.

## Guter Rat schlägt schlechten

Die Mieterin – vom Mieterbund unterstützt – wehrte sich mit Erfolg. Das Amtsgericht Bonn (Az: 204 C 416/14 vom 6. Mai 2015) sah in der Vereinbarung einer Abstandssumme eine vollkommen

ungewöhnliche und überraschende Klausel, die den Mieter obendrein unangemessen benachteiligt. Sie berücksichtigt weder den tatsächlichen Zustand der Wohnung noch lässt sie dem Mieter die Möglichkeit, selbst zu renovieren. Es sei geradezu sittenwidrig, eine Abstandssumme pro Mietjahr zu fordern für Renovierungsarbeiten, die möglicherweise nicht notwendig sind und vom Vermieter gar nicht vorgenommen werden. Warum sollte der nicht beim nächsten Mieter denselben Trick versuchen? Der gute Rat des Mieterbundes hat der Mieterin fast 2.900 Euro erspart. ■

# 25 Jahre Frauenhaus Troisdorf



■ Gewalt in Lebensgemeinschaften ist weiter verbreitet als gemeinhin angenommen. Sie findet in den eigenen vier Wänden statt und die Beteiligten wissen sie geschickt zu verbergen. Die Täter sowieso, aber auch die Opfer, in der Regel Frauen. Sie schweigen aus Scham, wegen emotionaler und materieller Abhängigkeiten und nicht zuletzt wegen der Kinder. Meist erst unter anhaltendem Leidensdruck wagen sie, der häuslichen Gewalt zu entfliehen. Möglichst weit weg, aber immer in der Angst, vom Täter zurückgeholt zu werden.

## Frauen helfen Frauen

Dringend notwendige und sensible Einrichtungen sind

deshalb die Frauenhäuser. Sie bieten Opfern häuslicher Gewalt Schutz, Rat und Hilfe und unterstützen sie auf ihrem Weg in eine bessere Zukunft.

Auf Initiative von Frauen aus dem Rhein-Sieg-Kreis entstand 1993 in Troisdorf das erste Frauenhaus im Kreis. Träger ist der Verein Frauen helfen Frauen Troisdorf e. V. Anfang Mai 2018 feierte er das 25-jährige Bestehen des Frauenhauses.

## 3.000-mal Schutz und Perspektive

So die Bilanz des Frauenhauses. Das sind 3.000 und mehr Einzelschicksale, 3.000-mal und mehr menschliches Leid – aber eben auch 3.000-mal und mehr Trost, Zuwendung, therapeutische und

praktische Hilfe durch das Team des Frauenhauses. Es arbeitet inzwischen ständig an seinen Kapazitätsgrenzen. Im letzten Jahr mussten 200 Frauen mit ebenso vielen Kindern abgewiesen werden. In der Region sei der Mangel an Frauenhausplätzen eklatant, beklagen die Troisdorfer Frauen. Es müssten doppelt so viele sein, wenn die Norm der Istanbulkonvention des Europarates zugrunde gelegt wird (ein Frauenhausplatz pro 7.500 Einwohner). Auch Deutschland hat unterschrieben.

## Weiteres Haus geplant

Frauen helfen Frauen Troisdorf e. V. will deshalb erneut aktiv werden und politisch für ein weiteres Frauenhaus kämpfen. Seit Januar heißt es jetzt Frauen- und Kinderschutzhaus. Der Name ist Programm. Häusliche Gewalt und ihre Folgen treffen Kinder ungleich härter als Erwachsene; sie sind deshalb besonders schutzbedürftig. ■

# Raffgier vor Gericht

■ Alter schützt vor Torheit nicht – sagt ein Sprichwort. Vor Raffgier offenbar auch nicht. Wie anders soll man die Praktiken der 81-jährigen Hauseigentümerin Gertrud B. aus Beuel nennen? Gemeinsam mit ihrer 41-jährigen Tochter – der Apfel fällt nicht weit vom Stamm – soll sie viele Jahre lang Steuern hinterzogen haben. Am 7. Mai wurde der Strafprozess vor dem Bonner Landgericht eröffnet.

Die Staatsanwaltschaft wirft dem Vermieterduo vor, durch manipulierte oder gefälschte Abrechnungen und Belege, frei erfundene Ausgaben oder dem Finanzamt unterschlagene Einnahmen Steuern in der Größenordnung von fast 150.000 Euro hinterzogen zu haben.

## Schrecken ihrer Mieter

Genauso wenig Skrupel wie gegenüber dem Finanzamt haben die beiden „Abzock-Vermieter“ (WDR-Lokalzeit am 7. Mai 2018) bei ihren Mietern. Opfer sind hier nicht nur die Allgemeinheit, sondern Menschen in einem elementaren Lebensbereich, der Wohnung. Sie leiden im wort-

wörtlichen Sinne unter den üblichen, oft auch rechtswidrigen Praktiken des Beueler Mutter-Tochter-Gespans, das sich um Mieterrechte wenig schert. Immer wieder kommen Rat suchende Mieterinnen und Mieter zum Mieterbund und erzählen wahre Horrorgeschichten.

„Jeder unserer acht Mitarbeiter in der Beratung weiß von solchen Erlebnissen“, sagt Büroleiterin Heike Keilhofer. Und das offenbar schon seit Jahrzehnten, wie der DMB-Jurist Jan Wilts der WDR-Lokalzeit erzählte. Falle der Name dieser Vermieterin in einem Beratungsgespräch, empfinde er spontan Mitleid mit dem Mitglied. Der Mieterbund schöpfe zwar alle rechtlichen Möglichkeiten aus, häufig auch mit gerichtlicher Hilfe. Aber es gebe Formen der Skrupellosigkeit, gegen die man mit Paragraphen allein schwer ankomme. Dazu gehört insbesondere der rüde Umgangston, mit dem Mieter eingeschüchtert oder Anfragen abgeblockt werden. Ob eine Verurteilung im Steuerstrafverfahren daran etwas ändern wird? ■

## Mitgliederversammlung am 23. Juni 2018

Der Mieterbund Bonn/Rhein-Sieg/Ahr lädt zur satzungsgemäßen Mitgliederversammlung ein für Samstag, den **23. Juni 2018**, um 14.00 Uhr in der Geschäftsstelle des Mieterbundes, Noeggerathstraße 49, 53111 Bonn.

### Vorgesehene Tagesordnung

1. Begrüßung
2. Genehmigung der Tagesordnung und der Geschäftsordnung
3. Wahl einer Versammlungsleitung
4. Berichte des Vorstandes
  - a) Geschäftsbericht, b) Kassenbericht
5. Bericht der Rechnungsprüfer
6. Bericht des Beirates
7. Aussprache
8. Entlastung des Vorstandes
9. Wahlen
  - a) Vorstand, aa) Vorsitzende/r und zwei Stellvertreter/innen
  - ab) Beisitzer/innen, b) Beirat, c) Rechnungsprüfer/innen
10. Anträge zur Tagesordnung
11. Sonstiges

### Der Vorstand

#### So erreichen Sie uns

Mit Bus und Bahn: U-Bahn 16, 63 und 66 – Haltestelle Hauptbahnhof, Ausgang Thomas-Mann-Straße; Straßenbahn 61 und 62; Buslinien 608, 609, SB55, 529 – Haltestelle Thomas-Mann-Straße

Mit dem PKW: City-Parkhaus (Züricher Versicherung) Rabinstraße/Ecke Noeggerathstraße (gebührenpflichtig)



## Teamzuwachs für Bonn und Siegburg

■ Seit dem 2. Mai 2018 verstärkt Johanna Gärtner die DMB-Teams in Bonn und Siegburg. Sie ist gelernte Bürokauffrau und hat schon Berufserfahrung. Wir freuen uns über die neue Kollegin und heißen sie im Team herzlich willkommen.